



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 1,25 Mark, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 22.—28. September 1918
Mit die Beitragsmarke in das mit 39 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Die Stelle der Büro-Hilfsarbeiterin im Verbandsvorstand ist zum 1. November d. J. zu besetzen. Bewerberinnen müssen 5 Jahre Mitglied des Verbandes sein und stenographieren sowie Schreibmaschine schreiben können.

Selbstgeschriebene Bewerbungen mit Angabe der Mitgliedsnummer, des Alters und der bisherigen Tätigkeit sind bis 27. September an den Verbands-Vorstand zu richten.

Die Anstellung erfolgt nach den vom letzten Verbandstag festgesetzten Gehaltsätzen für Hilfsarbeiter.

Der Verbandsvorstand.

i. A.: E. Bucher, 2. Vorsitzender.

Wir wollen keine Unorganisierten mehr!

Dem eifrigen, überzeugten und treuen Gewerkschafter drängt sich immer wieder die Frage auf: Warum bleibt die große Masse der Arbeiterschaft der Gewerkschaft fern? Etwas Ueberflüssiges oder gar ein mutwilliger Zugus sind die Gewerkschaften nicht, sonst würden ihnen nicht vor dem Kriege in allen fünf Erdteilen zehn Millionen Mitglieder angehört haben. Ohne weiteres darf auch gesagt werden, daß es nicht etwa geistig und beruflich minderwertige Arbeiter sind, die den Gewerkschaften angehören, und auf der andern Seite die „Masse der Arbeiterschaft“, die Armee der Unorganisierten bildet.

Es ist heute auch keine offene und grundsätzliche Frage mehr, ob die Gewerkschaft notwendig und nützlich ist. Die Tatsache der Existenz von Tausenden von Gewerkschaften mit Millionen Mitgliedern, die auch jetzt noch da sind, trotz dreier Kriegsjahre, beweist, daß sie notwendig und nützlich sind. Die Gewerkschaft ist auch nicht nur für die Arbeiter der einen oder der andern Industrie, nicht nur für die männlichen Proletarier oder bloß für die Erwachsenen und auch nicht nur für die deutschen und französischen Arbeiter, sondern die Gewerkschaft ist für die gesamte Arbeiterschaft ohne jeden Unterschied notwendig und nützlich.

Warum ist also die große Masse der Arbeiter nicht in den Gewerkschaften? Aus Scheu vor der Gewerkschaft! Diese Scheu hat in der großen Zahl der Fälle gewiß ihre verschiedenen Ursachen, aber sie ist immer vorhanden. Manche Arbeiter und Arbeiterinnen scheuen sich, in eine Versammlung zu gehen; ein Teil von ihnen hat sogar eine starke Abneigung gegen den Besuch einer Versammlung. Es handelt sich dabei um Unverständnis, um Unreife und soziale Unsicherheit, die die Versammlungs- und Gewerkschaftsfeinde verursachen.

In andern Fällen ist sie verursacht von der Sorge um die Erhaltung der Existenz, die manche Arbeiter gefährdet glauben, wenn sie in die Versammlung und in die Gewerkschaft gehen, weil der „Arbeitgeber“ heides nicht gerne sieht. Erfolgt auch nicht gleich die Entlassung als Maßregelung, so viel leicht „Strafe“ in Form von Schikanen mit schlechter Arbeit, geringerem Akkordlohn, schlechter Behandlung usw. Der gleiche „Arbeitgeber“ ist aber Mitglied seiner Unternehmerorganisation und besucht deren Versammlungen, was auch seine organisierten und unorganisierten Arbeiter wissen. Und indem der „Herr“ organisiert ist, gleichzeitig aber die Gewerkschaft nicht gerne sieht, beweist er selbst demonstrativ, wie sehr er den hohen Wert der Organisation für sich, die große Bedeutung und wertvolle Nützlichkeit der Gewerkschaft für die Arbeiter zu schätzen weiß. Uebrigens ist die Zahl der Unternehmer, die ihren Arbeitern etwa den Beitritt zur Gewerkschaft verbieten oder sie bestreiten schikanieren und maßregeln, immer kleiner geworden. Nur noch die sozial rückständigsten Träger und Vertreter eines überlebten und unhaltbar gewordenen Fabrikbepotismus stehen so tief und bergevaltigen das Koalitionsrecht der Arbeiter. Dieser kapitalistische Despotismus und Terrorismus kann aber nicht dadurch beseitigt werden, daß man sich ihm willenlos und widerstandlos fügt, sondern daß sich die Arbeiter dagegen mannhaft auflehnen und ihn überwinden.

Bei manchen Arbeitern ist ein völliger Mangel an Mut vorhanden; sie sind nicht selbständig und haben keine Selbstbestimmung. Sie sind Knechtsgeelen, Industrieknechten statt Industriebürger, und sie unterwerfen sich unbewußt und stillschweigend dem selbstherrlichen Diktum des bekannten Regensburger Bischofs v. Henle: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!“ Alle ihre Empfindungen vereinigen sich in der Scheu vor der Gewerkschaft.

Manche von den Gewerkschaftsfeinden hängen davor, daß in der Gewerkschaftsversammlung an ihrem „Arbeitgeber“ Kritik geübt, daß Forderungen aufgestellt werden, daß es zu Lohnbewegungen, zu Streiks und Aussperrungen kommen könnte und sie dann dabei gewesen wären, dafür also mitverantwortlich gemacht würden. Sie wollen aber bei der Herrschaft lieb Rind sein, „besser“ als die andern, die in die Gewerkschaft und die Versammlung gehen, und sie vermeinen dabei auch, vorteilhafter wegzukommen, indem sie der Herr mit schönerer und leichterem und besser bezahlter Arbeit begünstigt und ihnen vielleicht dann und wann auch eine „Wohlfahrt“ in irgenbeiner Form zukommen läßt. Es ist das zwar eine nach jeder Seite hin erbärmliche Rolle, die die Gewerkschaftsfeinde spielen; aber sie sind sich deren entweder nicht bewußt oder aber moralisch und sozial abgestumpft, daß sie sich ohne Bedenken darüber hinwegsetzen.

Die Hauptursache der Gewerkschaftsfeinde ist das Beitragszählen. Wenn die Unorganisierten alle Mitglieder der Gewerkschaften ohne Pflichten, also auch ohne Beitragszahlung, aber mit allen Rechten sein könnten, dann würden sie kommen. Viele gewerkschaftlich Unorganisierte sind Mitglieder in an-

deren Vereinen, Sport- und Vergnügungsvereinen, in denen sie aber auch Beiträge zahlen und für Veranstaltungen Geld ausgeben müssen, mit dem sie leicht ihre Gewerkschaftsbeiträge bezahlen könnten. Aber für diese haben sie kein Geld übrig, worin wieder die Gewerkschaftsfeinde sich offenbart.

So groß die Gewerkschaftsfeinde der Unorganisierten ist, vor den Errungenschaften der gleichen Gewerkschaften haben sie keine Scheu. Da sind sie keine Individualisten, im Gegenteil! Da sind sie nicht mehr mit dem „Herrn“ solidarisch, sondern mit den Arbeitern, und selbst der Streikbrecher will Anteil haben an den gewerkschaftlichen Errungenschaften, die er erst durch seinen unsolidarischen Streikbruch zu verhindern bemüht war!

Uch, die Unorganisierten sind im stillen mit der Wirksamkeit der Gewerkschaften für bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse immer einverstanden; nur direkt wollen sie damit nichts zu tun haben, um sich nicht vor dem „Arbeitgeber“ zu kompromittieren und nicht um den „guten“ Ruf eines braven und zufriedenen Arbeiters zu kommen, der „nicht so ist“ wie die andern, die bösen Gewerkschafter, die mit ihrer ewigen Unzufriedenheit und Begehrlichkeit dem Herrn das Leben sauer machen und die großen Profite womöglich kleiner. Es gibt aber auch Unorganisierte, die von bekannten organisierten Nebenarbeitern offen das Vorgehen der Gewerkschaften für Lohnerböschung, Arbeitszeitverkürzung, Beseitigung von Mißständen aller Art fordern und die wie Rohrspähen auf die Gewerkschaft schimpfen, wenn sie den Wunsch nicht erfüllt. „Wozu nützt uns die Gewerkschaft, wenn sie nicht hilft?“ sagen die Unorganisierten, die die notwendigen und wertvolle Hilfe von den andern haben wollen, die in der Gewerkschaft sind und ihre Pflichten erfüllen.

Mit diesen unsolidarischen Arbeiterelementen hat sich vor 53 Jahren schon der große deutsche sozialdemokratische Arbeiteragitator Ferdinand Lassalle beschäftigt, und er rief ihnen zu:

„Woher kommt es denn aber, daß Ihr unsere Ideen teilt, unsere Ansichten und Bestrebungen mit Euren Sympathien begleitet, daß Ihr noch nicht eingezogene Mitglieder seid? O, ich kenne den allbekanntesten Grund dieser Erscheinung wohl! Man klatscht Beifall, sympathisiert, aber man läßt gewähren und behält sich vor, an den Früchten der Bewegung teilzunehmen, die andere mit ihren Kräften erarbeitet haben werden! Ich frage Euch: Ist das ein männliches, ist das ein eines Arbeiter würdiges Benehmen? Welches ist der Unterschied zwischen einem Arbeiter und einem Schmarotzer, wenn nicht der, daß letzterer von fremder Arbeit leben und da ernten will, wo er nicht gesät hat?... Euch also, die Ihr nicht von fremder Arbeit leben wollt und da ernten, wo Ihr nicht gesät, Euch, die Ihr mich mit Beifall begleitet, Euch ermahne ich zur Scham!“

Alle Gewerkschafter müssen auf der ganzen Linie in der Parole einig sein und danach handeln: „Wir wollen keine Unorganisierten mehr!“
Schweiz, MetaKarb.-Ztg.

Die freien Gewerkschaften und der Volksbund für Freiheit und Vaterland.

Der Beitritt der Generalkommission zum Volksbund für Freiheit und Vaterland wird von den der unabhängigen Sozialdemokratie nahestehenden Gewerkschaftsmittgliedern aufs schärfste angefeindet. Die Generalkommission soll durch diesen Beitritt, wie schon so häufig, den Klassenkampf und die Arbeiterinteressen verraten und sich in ein bürgerliches harmonieunseliges Fahrwasser begeben haben. So genau man aber auch die gegen diese Handlung der Generalkommission gerichteten unabhängigen Zeitungsartikel und Reden durchsehen mag, findet man doch nirgends ein näheres Eingehen auf die sachlichen Gründe, die angeblich gegen den Beitritt zum Volksbund sprechen. Im allgemeinen beschränkt man sich auf radikal sein sollende phrasenhafte Nebenarten. Da der Volksbund im Kampf der Unabhängigen gegen die Generalkommission nun gegen die Politik des 4. August eine große Rolle spielt, muß die Frage einmal grundsätzlich und gründlich erörtert werden.

Zunächst wird zu prüfen sein, ob vom Standpunkt der Gewerkschaften und der klassenbewußten Arbeiterschaft das Zusammenarbeiten mit anderen Organisationsrichtungen und mit bürgerlichen Personen unter allen Umständen schon an sich zu verurteilen ist. Auf diesem Standpunkt haben bisher aber weder die Gewerkschaften, noch die sozialdemokratische Partei jemals gestanden. Wir haben vor dem Kriege und in besonders hohem Maße während des Krieges ein Zusammengehen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen zu verzeichnen gehabt, und jeder denkende Arbeiter muß gerade diese Entwicklung lebhaft begrüßen. In jeder Zeit ist es von der klassenbewußten Arbeiterschaft aufs schärfste verurteilt worden, wenn man in der Gewerkschaftsbewegung die Arbeiter aus religiösen, politischen und sonstigen Gründen auseinandergerissen und verschieden organisiert und dadurch dem Unternehmertum Hilfe geleistet hat. Wir haben immer diesen irreführenden Arbeitern als Vorbild die Arbeitgeber vorgehalten, die sich ohne Rücksicht auf solche Unterschiebe nur als Arbeitgeber organisieren. Wenn jetzt die wirtschaftliche Not und die Verschärfung des Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital dazu treiben, daß die Arbeiter (zunächst unter Aufrechterhaltung ihrer verschiedenen Organisationen) doch zu einem weitgehenden Zusammenarbeiten kommen, so ist das als Stärkung unserer Kampfkraft gar nicht hoch genug zu schätzen. Aber auch das Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Organisationen und Einzelpersonen ist von uns noch nie grundsätzlich verurteilt worden. In unserer Agitation haben wir stets mit Vorliebe die unserer Bestrebungen günstigen Ansprüche bürgerlicher Personen verwendet, und während des Krieges haben Leute, die den Unabhängigen sehr nahe stehen, wiederholt mit Bürgerlichen zusammengearbeitet und sogar mit ihnen Wahlen gemacht. Es sei nur daran erinnert, daß die ganz radikalen Eduard Bernstein, Dr. Breitscheid und andere in der Vereinigung „Centrales Völkerrecht“ zusammen mit bürgerlichen Pazifisten sitzen. Es sei ferner daran erinnert, daß im November 1915 in Königsberg i. Pr., in dem Wahlkreis des unabhängigen Führers Reichstagsabgeordneten Haase, die schon damals stramm oppositionell gestimmte sozialdemokratische Parteileitung bei den Stabsratswahlen ein Kompromiß mit bürgerlichen Organisationen abschloß und einen gemeinsamen Wahlauftritt mit der fortschrittlichen Volkspartei, mit der wilhelmschweizer nationalliberalen Partei und dem erzkonservativen Haus- und Grundbesitzerverein unterzeichnete. Wenn also im Volksbund ebenfalls sich verschiedene Richtungen zur Verfolgung bestimmter Ziele zusammengefunden haben, so kann keine Rede davon sein, daß die freien Gewerkschaften durch diese Zusammenarbeit an sich irgendwie von dem Wege abgewichen sind, den sie bisher verfolgt haben.

Es kommt dann in weiterer Linie darauf an, ob bei diesem Zusammenschluß im Volksbund die Gewerkschaften von ihren bisherigen Grundsätzen etwas aufgegeben haben. Es ist richtig und ganz selbstverständlich, daß eine Organisation, die verschiedene, sonst auseinandergehende Richtungen und Strömungen umfaßt, nicht in allen Einzelfragen

ihre Ziel soweit stecken kann, wie jede der ihr angeschlossenen Organisationen. Die gemeinsame Organisation wird immer sich darauf beschränken müssen, ihre Anhänger auf ein gewisses Mindestprogramm zu vereinigen, alle Kräfte zusammenzufassen, um dieses Mindestprogramm durchzuführen, und wird es im übrigen ihren Anhängern überlassen, innerhalb ihrer eigenen Organisationen ihre weitergehenden Forderungen selbstständig weiter zu vertreten. — Was will nun der Volksbund? Er tritt zunächst ein für die schnellste Herbeiführung eines Verständigungsfriedens, eines Friedens, der für alle Völker ehrenvoll ist. Er verlangt die allseitige Abstandnahme von allen gewalttätigen Eroberungen und Kriegsentwürfen. Er verlangt weitgehendes Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Wahl ihrer Staats- und Regierungsform. Er verlangt Abstandnahme von irgendwelchem Wirtschaftskrieg nach dem Kriege und freien Verkehr zwischen allen Völkern. Er verlangt die Schaffung einer internationalen Rechtsorganisation der Völker zur Schlichtung aller Streitigkeiten und zur Vermeidung künftiger Kriege, und er verlangt Bestimmungen im Friedensvertrag über die schnellste Durchführung einer allgemeinen Abrüstung. Auf innerpolitischem Gebiete fordert der Volksbund die schnellste Durchführung der notwendigen Reformen, um die staatsrechtliche Gleichberechtigung aller Volksschichten zu verwirklichen, vor allen Dingen die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in Preußen ohne volksfeindliche Sicherungen, sowie rücksichtslosen Kampf gegen die Wahlrechtsfeinde. Er verlangt engste Fühlungnahme der Regierung mit der Volksvertretung und Einfluß der Volksvertretung auf die Zusammenfassung der Regierung. Er will weiter die weitestgehende Beteiligung aller Glieder des Volkes an der Verwaltung in Reich, Staat und Gemeinde, Veseitigung aller Ständevorrechte bei der Besetzung von Beamtenstellen, Schaffung eines fortschrittlichen Arbeiter- und Beamtenrechts, Ausbau der Sozialgesetzgebung und freies Koalitionsrecht. Ist in diesen Forderungen, zu denen noch eine ganze Reihe ähnlicher hinzukommen, auch nur eine einzige enthalten, die nicht jeder Gewerkschafter und jeder Sozialdemokrat, dem das Gehirn noch nicht vollständig von unabhängigen Revolutionsphrasen verkleistert ist, anerkennen kann und muß? Gewiß, es ist manches nicht enthalten, was die Sozialdemokratie und auch die Gewerkschaften fordern. Deswegen aber behält der Volksbund doch seine ungeheure Bedeutung dadurch, daß er für dieses große Gebiet der Forderungen, die man als die zunächst wichtigsten bezeichnen kann, eine möglichst breite Kampffront aus allen Schichten der Bevölkerung und insbesondere durch Zusammenfassung aller Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenkreise schaffen will. Daß dieser Zusammenschluß gerade gegenwärtig dringend notwendig ist, bedarf keines weiteren Beweises, wenn man nur an die machtvolle Organisation denkt, die sich die Eroberungspolitik und die Feinde jeder freiheitlichen Ausgestaltung Deutschlands in der Vaterlandspartei, dem Bund der Kaiserstreuen, dem wiederauflebenden Reichsverband gegen die Sozialdemokratie und in anderen Organisationen geschlossen haben, die mit riesigen Mitteln aus den Millionen der Schwerindustrie und agrarischen Kriegsgewinnler arbeiten. Es ist auch bekannt, wie die Unternehmer zum Kampf gegen die Gewerkschaften rüsten. Es würde geradezu ein nicht gutzumachender Fehler der Generalkommission gewesen sein, wenn sie sich von diesem Zusammenschluß im Volksbund ferngehalten hätte, wenn sie nicht neben der Führung ihres selbständigen Kampfes auch diese Gelegenheit benützt hätte, um den Kampf für Frieden und Freiheit energisch zu führen. Je mehr man den Kampf gegen die Generalkommission betrachtet, desto mehr kommt man zu der Ueberzeugung, daß es sich hierbei gar nicht darum handelt, einen „Verrat“ der Arbeiterinteressen durch die Generalkommission zu verhindern oder wieder gutzumachen, sondern daß dieser Kampf den Unabhängigen lediglich eine erwünschte Gelegenheit bietet, den verhassten Gewerkschaftsführern wieder eins auszuwischen. Ich bin fest davon überzeugt, daß, wenn die Generalkommission den Beitritt zum Volksbund abgelehnt hätte, man von derselben Seite ihr den Vorwurf gemacht haben würde: „Seht nur, wie diese Führer der Arbeiter diese

Gelegenheit vorbeigehen lassen, um einen energischen Kampf für Frieden und freiheitliche Errungenschaften zu führen, weil sie schon vollständig in der Hand der Regierung sind und nicht mehr zu nicken wagen. Sogar die Bürgerlichen sind radikal.“ Deshalb ist es notwendig, diesem sinnlosen Kampf entschieden entgegenzutreten und überall die Mitarbeit der Gewerkschaften im Volksbund mit allen Kräften zu fördern. In der nächsten Zeit stehen wichtige Entscheidungen im politischen Leben bevor. Jede Gelegenheit, unseren Einfluß geltend zu machen, muß uns recht sein. Diese Gelegenheit ist uns im Volksbund durch das Zusammenarbeiten mit weiten Kreisen der Bevölkerung in hohem Maße gegeben. Mögen die Gewerkschaftsmittglieder überall ohne Rücksicht auf die Treibereien der Unabhängigen auch auf diesem Gebiete im Interesse der Arbeiterschaft ihre Pflicht tun und für machtvolle Kundgebungen im Sinne der Ziele des Volksbundes sorgen.

Berlin.

Franz Krüger.

Von der Feuerungszulagen-Bewegung.

Ausbach.

In gut besuchter Versammlung nahm am 1. August das Buchbinder-Gilfspersonal, sowie Buchbinderpersonal Stellung zur Feuerungszulagenfrage. Beschlossen wurde unter Zustimmung der anwesenden Gauleiter folgende Forderungen zu stellen: Für Hilfsarbeiter und Buchbinder 7 M. ab 1. August, ab 1. Dezember nochmals 4 M. Für alle Arbeiterinnen ab 1. August 6 M., ab 1. Dezember nochmals 2 M., auf die jetzt gezahlten Löhne und Feuerungszulagen. Die Firma Brügel u. Sohn hat die Zulagen glatt zur Auszahlung gebracht und bei persönlicher Vorsprache der beiden Verbandsvertreter die Zusicherung gegeben, auch im Dezember die Zulagen zu zahlen.

Bei der Firma Schweg, wo das Personal erst in letzter Stunde den Weg zur Organisation gefunden hat, erhielten die Kolleginnen nur 2 M. pro Woche. Durch Unterhandlungen von über zwei Stunden Dauer gelang es dem Genossen Weiland vom Buchbinderverband und unserer Kollegin Kesting die Firma zu weiteren Zugeständnissen zu bewegen. Der Ernst der Situation tat auch wohl ein übriges. Das Personal hatte in der am Abend vorher stattgefundenen Versammlung nur schwerlich entschlossen, überhaupt wieder anzufangen und war bereits für Mittag eine Versammlung angelehnt, in der der Bericht der Unterhändler entgegengenommen werden sollte. Durch Erhöhung der vorher gegebenen Zulagen um 1 M. bis 1.50 M., erhalten nunmehr die Einlegerinnen der Firma ebenfalls 2,25 M. Lohn pro Woche. Stehen die Löhne wohl immer noch weit zurück hinter den in Nürnberg gezahlten, so ist doch zu bedenken, daß das Personal nur sehr schwer für uns zu gewinnen war und das männliche Gilfspersonal der Firma Brügel wohl sich die Zulagen nun schon zum zweiten Male miterkämpfen läßt durch die Kolleginnen, selbst aber nicht den Mut aufbringt, Versammlungen zu besuchen und sich der Organisation anzuschließen. Wie die Zulagen aussehen, die von den Unternehmern freiwillig gegeben werden in den Orten, in denen das Personal nicht organisiert ist, dafür ist Würzburg und Bayreuth ein Beispiel, in letzterem Orte beträgt die Zulage 2 M. wöchentlich und damit der Lohn pro Woche 18 M. für Einlegerinnen. Kolleginnen und Kollegen Ansbach's, bleibt der Organisation treu und Ihr abseits Stehendes kommt zu uns. Nur durch Einigkeit und Geschlossenheit ist es möglich, Verbesserungen zu erzielen und auf die Dauer zu erhalten.

Dresden.

Nachdem sich das Resultat der in Dresden und seinen Gaunorten erkämpften Feuerungszulagen übersehen läßt, wollen wir dasselbe der gesamten Kollegenschaft bekannt geben. Wenn wir etwas spät berichten, werden aus Nachstehendem die Gründe der Verzögerung erklärlich. Auch ist diese Bewegung noch nicht vollständig abgeschlossen. Doch werden die weiter zu erhoffenden Zulagen nichts wesentliches an der Gesamtergebnisse ändern. Leider sind wir nicht in der glücklichen Lage wie andernorts, mit sozial einseitigen und das Gilfspersonal als gleichberechtigten Faktor betrachtenden Arbeitgebern und deren Organisationen, über Lohnfragen verhandeln zu können. Fast bei jedem Prinzipal muß das Gilfspersonal seine Forderungen erkämpfen. Denn ein Eingehen auf die berechtigten Lohnwünsche seines Gilfspersonals hält ein Teil der hiesigen Druckereiarbeitgeber mit seinem „Dern im Hause“ Standpunkt nicht für

nützig. Bei den jetzigen Zeiten des „Burgfriedens“ wird der angeblich ausgeglichene soziale Gerechtigkeit nicht mehr mancher Unerwartete diesen rückständigen Standpunkt für unmöglich halten, doch die ortsübliche Organisationsform der Dresdner Buchdruckerorganisation läßt eine Erklärung für dieses Verhalten finden. Ein Teil der Dresdner Herren leistet sich außer dem Bezirksverein Dresden des D. B. V. noch eine weitere Organisation, die „Jungung“ Dresdner Buchdruckerbesten. Dieser zünftlerische Zusammenschluß erinnert uns an alte überlebte Zeiten, aus denen er wohl auch stammt. Der Jungsungsleiter in früherer Zeit hielt auf strenge Zucht unter seinen Gesellen und Lehrlingen. Er selbst erschien bei festlichen Gelegenheiten mit bezopftem Herrliche. Das Mad der Zeit ist erfreulicherweise über diese Einrichtung hinweggegangen. Der Pöpel vermehrt in alter Trübsal. Die Bevormundung der Gesellen ist durch deren starke Organisationsunterbunden worden. Nur der Geist der Bevormundung ist geblieben und dieser möchte sich gern dort betätigen, wo er auf den wenigsten Widerstand zu stoßen hofft.

Doch nicht alle Druckerbesten Dresdens und Umgegend sind von diesem Geiste befeelt, der von der Jungsung austrahlt. Wir konnten bei unseren älteren Vorgesetzten herbe Worte über die, die neuen Verhältnisse nicht verstehen wollenen Beschlüsse hören und auch größtes Entgegenkommen bezüglich unserer Forderungen wahrnehmen. Schon der Hinweis, daß wir es mit Mitgliefern der Jungsung und des Kreises VII des D. B. V. zu tun haben, die in ihrer Tätigkeit in Dresden abgehaltenen Kreiserversammlung dem Hilfspersonal das Mitbestimmungsrecht an der Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse abspachen, wird der deutschen Kollegenchaft die Schwierigkeiten erkennen lassen, die dem Hilfspersonal im Gau V bei der Durchführung seiner berechtigten Forderungen entgegenstanden. Sie wird es aber auch mit Freunden begrüßen, daß dieser diktatorische Standpunkt seitens der Prinzipale selbst den indifferentesten Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen die Augen öffnet, ihnen den Weg zur Selbsthilfe, zur Organisation zeigt. Nicht mehr wie früher läßt sich die Kollegenchaft durch die verlockenden Schmalmeien, der für das Wohl seiner Hilfsarbeiterschaft „besorgten“ Herren, karmen. Die Enttäuschung, die sie durch ihr blindes Vertrauen auf die „Fürsorge“ ihrer Arbeitgeber erleben mußte, die sich in Entbehrungen und Hunger geltend macht, hämmert ihr die Notwendigkeit des organisatorischen Zusammenschlusses ein. In drastischen aber wahren Worten kam die Selbsterkenntnis zum Ausdruck, die anlässlich einer schriftlichen Darstellung, für die Bemühung einer erfolgten Lohnerhöhung, seitens der neu eingetretenen Mitglieder einer Firma uns übermittelte wurde. Sie lautete: „D wir dummen Lüders, daß wir nicht schon eher Mitglied wurden.“

Das Dresdner Druckereihilfspersonal hatte durch eigenen Entschluß und auf Anregung einzelner, mit unseren Bestrebungen sympathisierenden Prinzipale davon Abstand genommen, Steuerungsansprüche zu fordern, sondern hatte sich auf die Forderung von Minimallohnen geeinigt. Hierdurch sollte zunächst die verschleiertenartige Entlohnung unterbunden und eine Grundlage für eventuelle tarifliche Regelung geschaffen werden.

Die Forderungen waren folgende:

Abzieher, Tiegelschneider, Papierstecher und -zähler, Notations- u. Stereotypenarbeiter, Steinschleifer	45.— M.
Anleger, Formenwäscher, Rader	44.— "
Gaol- und Hilfsarbeiter	42.— "
Jugendliche Hilfsarbeiter	38.— "
Buchdruckeranlegerinnen	28.— "
Steindruckeranlegerinnen	27.— "
Buchdruckeranlegerinnen	25.— "
Steindruckerbogensängerinnen	26.— "
Hilfsarbeiterinnen	23.— "
Jugendliche Arbeiterinnen	18.— "

Es mag den Anschein erwecken, als wenn die geforderten Minimallohnsätze in sehr niedrigen Grenzen gehalten worden seien. Wir wissen wohl, daß mit solchen Löhnen der Teuerung nicht Rechnung getragen ist. Doch die obwaltenden Verhältnisse zwingen uns zur Festsetzung, denn die bisherigen Lohnunterschiede in einzelnen Sparten betragen oft bis zu 10 M.

Die Forderungen wurden dem Vorsitzenden des Bezirksvereins Dresden des D. B. V. sowie allen Arbeitgebern im Druckergewerbe am Orte unterbreitet, von dem wir eine nichtslagende, in Verhinderungen des Wohlwollens für das Hilfspersonal ausklingende und die Not der Druckerbesten schilbernde Antwort erhielten. Waren in diesem Schreiben, ob absichtlich oder unabsichtlich, die Steuerungsansätze, die dem Hilfspersonal zugewilligt worden waren, nicht angegeben. Diese erfuhren wir

anderweitig und wir fanden es begreiflich, daß man den Mantel der Verschwiegenheit über das „wohlwollende Entgegenkommen“ deckte. Es waren zugestanden worden: Den verheirateten Arbeitern 6, den ledigen 4, und den Arbeiterinnen 3 M. Nach diesen Sätzen würden die Löhne in Dresden für verheiratete Hilfsarbeiter 38, für ledige 32 und für Anlegerinnen 26 M. betragen. Nachdem wir durch eine Versammlung beauftragt wurden, nochmals gegen die Unzulänglichkeit der Sätze zu protestieren und die Anerkennung unserer Minimallohnsätze zu fordern, ist daraufhin den Anlegerinnen nochmals 1 M. nachbewilligt worden, so daß deren Lohn 27 M. beträgt. Auch hiermit haben wir uns nicht zufrieden erklärt und nochmals schriftlich interpelliert. Auf eine weitere telefonische Anfrage erhielten wir den Bescheid, daß diese Angelegenheit nochmals zur Beratung stände, über deren Resultat wir vorläufig noch im Unklaren sind. Mittlerweile haben die Mitgliedschaften in den Firmen, wo unsere Forderungen nicht bewilligt wurden, oder wo deren Erfüllung nur eine geringe Zulage erforderte, sich gerührt und zum großen Teil Erfolg gehabt. In anderen Fällen wurde durch die Vermittlung der Organisationsleitung der Forderung Nachdruck verliehen. Nur bei der Firma W. G. Leubner, dessen Geschäftsführer Vorsitzender der Jungsung Dresdner Buchdruckerbesten ist, schien es zum Konflikt kommen zu wollen. Dieser Herr repräsentiert die genannte Korporation in der geschlichterten Weise. Er antwortete weder auf unser, im Auftrage des dort beschäftigten Hilfspersonals, eingereichtes Schreiben, noch war er telefonisch zu erreichen. Das veranlaßte die Kollegenchaft zur äußersten Maßnahme; doch ehe sie zur Tat schritt, sind den Anlegerinnen nochmals 1,50 M., am 3. Aug. waren es 3 M., zugelegt worden. Dadurch haben vier Anlegerinnen den Minimallohn von 28 M. erreicht, drei Anlegerinnen bekommen jedoch nur 27,50 M. Wenn auch diese Errungenschaft in finanzieller Beziehung nicht besonders hervorzuheben ist, ist der moralische Erfolg, der hier erzielt wurde, umso bedeutender. Der Jungsungsbeschuß mußte durch seinen Vorsitzenden selbst durchbrochen werden, weil die Einmütigkeit des Hilfspersonals stärker war, als alle vom Vorsitzenden in den Jungsungsversammlungen zu dieser Sache vorgebrachten Argumente. Ob der Herr in Zukunft für die Anwendung dieses Beschlusses eintreten, oder ob er über dieses Vorkommnis stillschweigend bewahren wird, das zu erfahren sind wir begierig. Welsch konnten wir bei telefonischen oder persönlichen Unterredungen mit Prinzipalen, selbst Funktionären dieser Organisationen, einflussvoll über die ungenügende Entlohnung des Hilfspersonals urteilen hören. Befragt, warum sie in den Versammlungen nicht in diesem Sinne wirkten, damit der Mangel an eingerichteten Hilfskräften behoben würde, wurde uns die Antwort, daß sie keinen Einfluß ausüben könnten. Einige an der Hilfsarbeiterfrage weniger interessierte Herren, die zum Teil in der glücklichen Lage seien, ein billiges und zufriedenes Hilfspersonal zu besitzen, rühmten die Unspruchlosigkeit ihres Hilfspersonals und glaubten, daß ihre Lohnsätze vollständig genügten. Der andere Teil, der anständig bezahlte, trauete sich nicht für die bessere Bezahlung einzutreten, um nicht als Außenreiter behandelt zu werden. Daher kämen solche Beschlüsse zustande, die in der Praxis nur von dem durchgeführte werden könnten, der das Glück habe, billige Kräfte zu finden. Man betreibe eben in Dresden eine Hilfsarbeiterlohnpolitik, die dem Gewerbe nicht zum Nutzen gereiche, ausgehend von dem nichts weniger als kollegialem Grundsatz: „Heiliger Florian, verschon' mein Haus, zünd' andere an!“

Bei der Organisation der Dresdner Stein-druckerbesten, einer Zweigstelle des Schutzverbandes, finden wir ein noch geringeres Entgegenkommen in Hilfsarbeiterangelegenheiten. Bei diesen Herren entscheidet in Lohnfragen nur die Macht. Wer der Stärkere ist, trägt den Sieg davon. Unsere Forderungen überstanden wir auch hier jedem Prinzipal, wobei die Organisationsleitung offiziell übergangen wurde, da uns aus früheren Erfahrungen bekannt war, daß man sich dort fremde Einmischung verbietet mit der Begründung, daß man solche Angelegenheiten mit seinem Personal selbst zu regeln wünscht. Dieser Standpunkt hat nach und nach eine Situation in der Entlohnung des Hilfspersonals geschaffen, daß man selbst zu der Einsicht gekommen ist, diesen unbilligen Zustand zu beheben. Durch unsere gestellten Forderungen ist die Angelegenheit in Fluß gekommen. In verschiedenen Sitzungen und Versammlungen hat man sich damit beschäftigt und soviel wir erfahren, ist man unseren Forderungen ziemlich gerecht geworden. Man zählt aber nur dort die Löhne, wo das Hilfspersonal gefolgt ist, dieselben verlangt. Hierdurch

betreibt man indirekt ein Stück Organisationsarbeit. Man veranlaßt die unorganisierten Hilfs-personale zum Beitritt zum Verband, um mit dessen Unterstützung angemessene Löhne zu erlangen. Diese unbewußte Mittelfürsorge, die zwar aus anderen Motiven geboren, als die verhassten Verbände zu stärken, ist uns sehr willkommen. Auch in den Stein-druckerbetrieben Dresdens ist unsere Forderung zum großen Teil durchgeführt.

In den Buchdruckerbetrieben, die nur gering vertreten sind, wurde fast ausnahmsweise unseren Wünschen Rechnung getragen.

Die aufgenommenen Lohnstatistik ergab folgendes Resultat. Es wurden entlohnt:

Buchdruck.		
Arbeiter:	Jugdl. Arbeiter:	Anlegerinnen:
32 zu 42—44 M.	19 zu 33—35 M.	212 zu 28—30 M.
16 „ 44—46 „	12 „ 35—37 „	18 „ 30—32 „
6 „ 46—48 „	„ „	12 „ 32—34 „
5 „ 50—60 „	„ „	5 „ 34—36 „
1 „ 61 „	„ „	6 „ 36—40 „
		1 „ 51 „
Lernende:		
10 zu 14—16 M.	47 zu 23—25 M.	Jugendliche Arbeiterinnen: 28 zu 18—23 M.
18 „ 16—18 „	25 „ 25—27 „	
8 „ 18—20 „	17 „ 27—29 „	
2 „ 20—22 „	3 „ 29—31 „	
4 „ 22—24 „	2 „ 31—35 „	
Steindruck.		
Steinschleifer:	Arbeiter:	Jugendl. Arbeiter:
20 zu 45—47 M.	5 zu 42—44 M.	9 zu 33—35 M.
5 „ 47—49 „	4 „ 46—48 „	
2 „ 49—51 „	„ „	
3 „ 51—55 „	„ „	
Anlegerinnen:		
75 zu 27—29 M.	Bogensängerinnen: 74 zu 26—28 M.	Arbeiterinnen: 24 zu 23—25 M.
7 „ 29—31 „	2 „ 28—30 „	5 „ 25—27 „
		3 „ 27—30 „
Jugendl. Arbeiterinnen: 21 zu 18—23 M.		
Lichtdruck.		
Arbeiter:	Jugdl. Arbeiterinnen:	Anlegerinnen:
5 zu 45—50 M.	3 zu 33—35 M.	14 zu 25—27 M.
2 „ 50—60 „	„ „	„ „
Arbeiterinnen: 5 zu 23—25 M.		

Etwas über 100 Personen werden unter den angegebenen Löhnen bezahlt. Diese sind die Stützen der Herren Unternehmer, mit deren Anspruchlosigkeit dieselben auftrumpfen. Nach ihrer Qualität zu urteilen, können wir den Herren diese getreuen Fröndline. Doch wie lange noch werden diese Hungerkuren, die sie mit diesen Löhnen ertragen müssen, standhalten? Wenn die Vernunft bei diesen Leuten nicht zureicht, dieses zu erkennen, dann werden sie über kurz oder lang dem eigenen Instinkt folgend, sich durch höheren Lohn eine größere Menge Nahrung zu leisten suchen, denn die Magenfrage treibt selbst das urteilloseste Individuum zur Notwehr.

Die Bauherr Kollegenchaft, soweit sie bei der Weltfirma Gebr. Weigand beschäftigt ist, hat abermals 4 M. für Hilfsarbeiter und 2 M. für jugendliche Arbeiter und Frauen und Mädchen erhalten. Die Firma begründet die ungenügende Zulage mit ungünstigem Geschäftsgang, der tatsächlich auch zur Entlassung eines Viertels des Personals veranlaßte. Die Durchschnittslöhne betragen daselbst für Hilfsarbeiter 30 bis 32, jugendliche Arbeiter 22 bis 24 und Arbeiterinnen 16 bis 18 M.

In Glemzig waren die Unternehmer besonders „freigeig“ und speisten das Hilfspersonal mit 2 bis 4 M. ab. Durch Eingreifen der Organisationsleitung wurden die Sätze auf 4 bis 6 M. erhöht. Hier ist die Bewegung noch im vollen Gange, da die Organisationsverhältnisse zu wünschen übrig lassen.

Dahingegen hat die Bittauer Kollegenchaft, die zu 90 Proz. organisiert ist, es verstanden, durch den festen Zusammenschluß seine Interessen zu wahren. Auch hier wurde von Unternehmenseite versucht, dasselbe mit 2 bis 4 M. abzuspitzen. Durch energisches Auftreten, durch Aussprechen der Kündigung in einzelnen Firmen, seitens des Hilfspersonals wurden diese Sätze auf 4 bis 6 M. für weibliches und 8 M. für männliches Hilfspersonal erhöht. Sämtliches weibliche Hilfspersonal erhält 20 bis 23 M., die Hilfsarbeiter 38 bis 45 M. Lohn.

Von Zwickau wurde mir nur über die Zulage im dortigen Parteibetrieb gemeldet, die für Hilfsarbeiter 10 M. und Anlegerinnen 4 M. beträgt. Ueber die Zulagen in anderen Betrieben bin ich bis jetzt noch nicht in Kenntnis gesetzt worden.

Ueberblicken wir die Teuerungszulagen im allgemeinen, so muß einestheils konstatiert werden, daß durch die Aufbesserungen der wirklichen Teuerung durchaus nicht Rechnung getragen wurde. Andernteils zeigt uns aber das Bild, was erreicht werden kann, wenn die Hilfs-personale aller Betriebe und

Orte treu zu ihrer Organisation halten. Wer sich heute einbildet, daß das Druckerunternehmertum menschenfreundlich genug sei, auch dem Hilfspersonal auskömmliche Löhne zukommen zu lassen, der wird durch diesen Bericht eines Besseren belehrt worden sein. Aus dieser Einsicht sind die richtigen Konsequenzen zu ziehen, dahingehend, daß unsere Kollegenschaft unaufhörlich für die Verbesserung des Organisationsgedankens wirkt. Denn noch ist die am 3. August fällig gewesene Teuerungszulage nicht allenthalben erreicht und schon wieder müssen wir uns zum neuen Kampfe rüsten. Am 1. Dezember soll abermals den Gehilfen die Teuerungszulage erhöht werden. Wollen wir nicht nachstehen, wollen wir unseren berechtigten Forderungen Geltung verschaffen, dann heißt es die Reihen stärken, Köpfe aufklären. Denn überall entflieht der Wahn, daß nur zum Darben wir geboren.

Hannover.

Nachdem nunmehr die Teuerungszulagen-Bewegung auch hier ihren Abschluß gefunden hat, dürfte ein Rückblick darauf von Interesse sein. Als am 1. Juli die Forderungen der Kollegenschaft eingereicht wurden, wollten die Prinzipale am 11. Juli über die Höhe der Zulagen Beschluß fassen. Auf Anfragen kam dann am 19. Juli die Nachricht, daß die Prinzipale beschloßen hätten, das Hilfspersonal am 1. August und am 1. Dezember angemessen zu bedenken, und aus diesem Grunde dürfe sich die angeregte Verhandlung mit dem Hilfsarbeiterverbande erübrigen. Dasselbe wurde auch den Buchbindern mitgeteilt. Dem gelernten Personal wurde eine Zulage von 10 M. ab 1. August und 4 M. ab 1. Dezember bewilligt, dem Hilfspersonal aber wurden die beschloßenen Sätze verborgen gehalten. In der Firma S. C. König und Ebhardt war es jedoch laut geworden, was dem Personal gegeben werden sollte und zwar wurden den Männlichen 5 M. und den Weiblichen 3,50 M. gewährt. Daß ein solches „Entgegenkommen“ bei der Kollegenschaft Erregung hervorrief, läßt sich begreifen. Auf eine Anfrage beim Deutschen Buchdruckerverein wurde von dessen Angestellten erklärt, man solle abwarten, was Personal würde schon zufrieden sein. Am 1. August kam dann die große Ueberraschung und zwar wurden die oben angeführten Sätze für „angemessen“ erklärt. Wo sich nun unsere Kollegen gleich beschwerten, wurde ihnen die Antwort gegeben, daß mit der letzten Post die Mitteilung gekommen sei, dem Hilfspersonal sind nur diese Sätze zu zahlen. Nun war es klar geworden, warum die Prinzipale den nachgekauften Verhandlungen mit dem Hilfsarbeiterverbande aus dem Wege gingen. Das Hilfspersonal war natürlich nicht mit diesen Zulagen zufrieden und versuchte nun durch die Arbeiter-Ausschüsse auf die Prinzipale einzuwirken. Als auch dieser Weg zu keinem Resultat führte, wurde gegen die drei Firmen S. C. König u. Ebhardt, Eder u. Kriese und Molling u. Co. Klage beim Schlichtungsausschuß eingereicht. Inzwischen hatten die erstgenannten beiden Firmen die Zulagen schon auf 6 und 4 M. erhöht. Die erste Verhandlung scheiterte an der Erklärung des Herrn Ebhardt, daß das weibliche Personal nicht unter das Hilfsdienstgesetz gehöre und es wurde deshalb eine weitere Verhandlung auf Sonnabend, den 30. August, festgesetzt, in der folgende Teuerungszulagen für das Hilfspersonal festgesetzt wurden:

	Ab 1. Aug.	Ab 1. Dezbr.
Für männliche Hilfsarbeiter über 18 Jahren	7,— M.	welt. 2,— M.
unter 18 Jahren	5,— " "	2,— " "
Für weibliche Hilfsarbeiter über 18 Jahren	5,— " "	1,50 " "
unter 18 Jahren	3,50 " "	1,50 " "

so daß das Hilfspersonal jetzt folgende Zulagen erhält:

	Ab 1. Aug.	Ab 1. Dezbr.
Für männliche Hilfsarbeiter über 18 Jahren	15,— M.	17,— M.
unter 18 Jahren	13,— " "	15,— " "
Für weibliche Hilfsarbeiter über 18 Jahren	11,— " "	12,50 " "
unter 18 Jahren	9,50 " "	11,— " "

Bezüglich der Ueberstundenentschädigung ist vereinbart worden:
Die Entschädigung für Ueberstunden ist zu erhöhen und zwar sollen bei Berechnung der Ueberstunden 50 Proz. auf den Grundlohn gelegt werden. Der aus dieser Berechnung sich ergebende Grundlohn wird plus tariflicher Ueberstundenentschädigung für Leistung von Ueberstunden berechnet.
Diese Abmachungen gelten für sämtliche Betriebe in Hannover und Göttingen.
Am 4. September fand eine Versammlung der Kollegenschaft statt, die sich mit dieser Abmachung zu beschäftigen hatte. Kollege Sparruhl er-

stattete den Bericht. In seinen Ausführungen kam zum Ausdruck, wie schwer es geworden ist, diese Zugeständnisse zu erreichen, da die Prinzipale vornehmlich nur das Hilfspersonal über 21 Jahre bedenken wollten. Es wäre aber mehr zu erreichen gewesen, wenn die Gesamtheit der Organisation angehören würde. Das hätte das Eingeständnis des Herrn Freitag bewiesen. Als nämlich der Vorsitzende, Herr Justizrat Wegener Kollegen Sparruhl fragte, ob schon einige Firmen den geforderten Satz bewilligt hätten und die Antwort erhielt, ja, wohl der „Anzeiger“, das „Tageblatt“, Parteibetrieb und verschiedene kleine Druckereien, entgegnete er, „ja meine Herren, das ist auch ganz was anderes, die Leute halten auch zusammen und wenn die 100 M. fordern, so muß das bewilligt werden, sonst kommen die den andern Tag nicht wieder.“ Dieser Anspruch beweist am allerbesten, wie notwendig es ist, sich zu organisieren. Öffentlich zieht die Hilfsarbeiterschaft Hannovers daraus die beste Lehre, denn wenn man die jetzt bewilligten Teuerungszulagen mit denen der anderen Orte vergleicht, so müssen wir uns beschämend sagen, so kann es doch nicht bleiben und daher ersuchte Kollege Sparruhl alle Anwesenden dahin zu wirken, daß alle Nichtorganisierten dem Verbände beigetreten würden, damit bei den nächsten Abmachungen ein für die Kollegenschaft besserer Abschluß erreicht würde. Mit dem Hinweis, daß, wenn sich irgendwo Mängel bei den Zuschlagungen einstellen sollten, unzerzählich der Vorstand zu verständigigen ist, wurde die Verammlung nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten geschlossen.

Strasbourg i. G.

In Strasbourg i. G. ist folgender Abschluß über die der Kollegenschaft zu zahlenden Teuerungszulagen erzielt worden: Es erhalten wöchentlich

	Ab 1. Aug.	Ab 1. Dez.
Männl. verheir. Hilfsarbeiter ledige über 20 Jahre	8,— M.	4,— M.
ledige v. 16—20	6,— " "	3,— " "
Weibl. verheir. Hilfsarbeiter ledige über 18 Jahre	6,— " "	4,— " "
ledige v. 16—18	4,— " "	3,— " "
Insgesamt mit den bisherigen Zulagen: Männl. verheir.	22,50 " "	26,50 " "
Männl. ledige über 20 Jahre ledige v. 16—20	16,— " "	19,— " "
Weibl. verheir. Hilfsarbeiter ledige über 18 Jahre	9,50 " "	19,50 " "
ledige v. 16—18	9,— " "	12,— " "

Für Ueberstunden werden 60 Proz. auf den Grundlohn aufgeschlagen und dann die tariflichen Zuschläge hinzugezählt.

München.

Ein nachahmenswertes Beispiel für besseres Durchhalten in der schweren Zeit gab der Herr Buchdruckerbesitzer Albert Sarrmann in Cassel, indem er seinem gesamten Personal, auch den Hilfsarbeiterinnen, Ferien bewilligte und zwar unter 1 Jahr beschäftigten 3 Tage, allen anderen 1 Woche, oder anstelle der Ferien entsprechenden doppelten Lohn. Ohne Schaden für den rentablen Betrieb führte Herr Sarrmann auch die achtfünfstündige Arbeitszeit ein. Die Beiträge für Invaliden- und Krankenversicherung werden im vollen Betrage vom Geschäft, ohne Lohnabzug, geleistet.

Die Kartoffelration muß erhöht werden! In der Bevölkerung werden gegenwärtig wieder recht lebhaft Klagen laut, daß die sieben Pfund Kartoffeln pro Woche vollständig ungenügend seien, und sehnlichst erwartet man vom Kriegsernährungsamt, daß es die Ration mindestens auf 10 Pfund heraufsetzt. Wie uns nun mitgeteilt wird, hat das Kriegsernährungsamt nicht die Absicht, den geforderten Zuschlag eintreten zu lassen, es soll bei den sieben Pfund bleiben. Diese Stellungnahme des Kriegsernährungsamtes, wenn es eine endgültige ist, wird recht herbe Enttäuschung und große Unzufriedenheit hervorrufen. Die Berichte über den Stand der Spätkartoffeln lauten nicht ungünstig, so daß anzunehmen ist, daß wir mit einer relativ günstigen Ernte abschließen, zumal auch die Anbaufläche für Kartoffeln um ungefähr 200 000 Hektar gestiegen ist. Es ist auch ganz unverständlich, wie das Kriegsernährungsamt die bisherige geringe Zuteilung begründen will, da es für andere Lebensmittel eine weitere Kürzung angeordnet hat. Die Kartoffel bleibt wieder das einzige Nahrungsmittel, das uns Ertrag, wenn auch keinen vollwertigen, bringen muß.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen fragt mit Recht:
Wie stellt sich denn das Kriegsernährungsamt das Durchhalten vor? Brot bleibt unter der im

vorigen Herbst schon recht mäßigen Ration, Fleisch gelangt einige Wochen überhaupt nicht zur Verteilung, sonst in gekürzter Ration, die Ausgabe von Nahrungsmitteln kommt nur noch ganz gelegentlich den Hausfrauen zur Kenntnis, und zu alledem eine ungenügende Zuteilung der Kartoffeln.

Man komme uns nicht mit dem Einwand, daß nicht mehr gegeben werden kann. Die 47 Millionen Menschen in den Städten, die mit Kartoffeln zu versorgen sind, beanspruchen ein Jahresquantum von 12½ Millionen Tonnen Kartoffeln. Diese Versorgung muß in diesem Jahre möglich sein, vor allem muß die reichliche und rechtzeitige Winterversorgung der Verbraucher durchgeführt werden. Unsere Gesamtzuteilung hat in Friedenszeiten bis zu 50 Millionen Tonnen betragen, sie ist im Kriege in ungünstigen Jahren nicht unter 30 Millionen gesunken. Der städtische Verbrauch ist immer nur ein verhältnismäßig geringer Bruchteil des Gesamt-ertrages, er kann und muß gedeckt werden. Die Anbausträmen, die in Preußen und anderen Bundesstaaten den Landwirten geboten würden, sollten doch die Aussichten auf eine bessere Versorgung der Bevölkerung eröffnen, oder sollen nunmehr die Städte wieder jeden Sonntag in das Land hinauspilgern, um beim Landwirt die Abgabe von Kartoffeln zu erbetteln? Wir verlangen, daß vom Kriegsernährungsamt mehr Rücksicht auf die Notlage der Bevölkerung genommen wird, diese Bettelfahrten besagen uns nicht.

Stetigkeitsprämien für Frauen. Das Kriegsernährungsamt teilt mit: „Um dem starken und höchst unerwünschten Arbeitswechsel der Frauen vorzubeugen, ist den Kriegsamtsstellen empfohlen worden, bei den Arbeitgebern die Gewährung von Stetigkeitsprämien für längere Arbeitsdauer anzuregen. Ueber eine zweckmäßige Form der Prämien berichtet Nr. 8 des „Erfahrungsaustausches“ über Ausbildung und Verwendung angelernter Arbeitskräfte“ vom 20. November 1917. Wenn die Prämien ihren Zweck erreichen sollen, darf ihre Einführung nicht zu einer Herabsetzung der Lohn- und Abfordersätze führen, auch müssen die Bestimmungen über die Prämien den Mädchen und Frauen die Möglichkeit lassen, einen Tag bzw. zwei Tage im Monat ohne besondere ärztliche Bescheinigung mit der Arbeit auszusparen, ohne daß sie dadurch den Anspruch auf die Prämien verlieren.“

Der Magistrat in Frankfurt a. M. beantragt bei der Stadtverordneten-Versammlung die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung für die Uebergangswirtschaft. Es erscheint dem Magistrat notwendig, schon jetzt gewisse Grundsätze festzulegen, um rechtzeitig eine klare Abgrenzung der Erwerbslosenfürsorge gegenüber den eigentlichen Aufgaben der Kriegswohlfahrtspflege zu schaffen. Die Unterstützung soll betragen für völlig erwerbslose Personen: Für den Haushaltungsvorstand 3 M. täglich; für Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt oder bei fremden Leuten wohnend 2,75 M.; bei Familienangehörigen wohnend 2,20 M.; über 16 Jahre mit eigenem Haushalt oder bei fremden Leuten wohnend 2,20 M.; bei Familienangehörigen wohnend 2,20 M.; für jedes Kind unter 16 Jahren ohne eigenen Verdienst 0,50 M. und für jedes Kind über 16 Jahre und sonstige Familienangehörige, die zu unterhalten sind, 1 M. Ferner soll die freiwillige Krankenversicherung in der dritten Lohnklasse übernommen werden. Einnahmen aus anderen Quellen werden auf die Unterstützungssätze angerechnet. Erwerbslosenunterstützung von Berufsvereinen jedoch nur zur Hälfte. Der Magistrat soll ermächtigt werden, die Unterstützungssätze je nach der Verschiebung des Geldwertes und der Teuerungszulagen zu erhöhen oder zu ermäßigen und neben ihm Mietzuschüsse bei längerer Dauer der Erwerbslosigkeit festzusetzen. Die Unterstützung soll die Dauer von 6 Monaten nicht übersteigen. Diese Bestimmungen der Erwerbslosenunterstützung sind vom städtischen Arbeitsamt, dem auch Vertreter der Arbeiterorganisation angehören, festgesetzt worden. Die Höhe der Ausgaben für die Unterstützung läßt sich noch nicht übersehen. Der Magistrat beantragt bei der Stadtverordneten-Versammlung hierfür vorläufig einen Kredit von 100 000 M. zur Verfügung zu stellen. Er glaubt, daß zwei Drittel der gemeinlichen Ausgaben von Reich und Staat ersetzt werden.

Ehrtiger Gaalarbeiter

sowie zwei Wagenkutscher für kriegswichtigen Betrieb sofort gesucht.

Berliner Buchdruck-Gesellschaft m. b. H. Brandenburgstraße 72/73.